

Antrag auf Änderung / Streichung der Wohnsitzauflagen gem. § 12 a Abs. 5
AufenthG oder 12 Abs. 2 AufenthG

Antragsteller:

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Staatsangehörigkeit	
Aktuelle Adresse	

Hiermit beantrage ich die Änderung meiner bestehenden Wohnsitzauflage. Ich möchte zu folgender Adresse umziehen:

Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Bundesland	

Meinen Antrag begründe ich wie folgt:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigung / min. 15 h pro Woche gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.1 lit. a) AufenthG

Firma	
Anschrift	
Ansprechpartner Tel./ Fax/ E-Mail	

- Einkommen welches den Lebensunterhalt überwiegend sichert gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.1 lit. a) AufenthG

Firma	
Anschrift	
Ansprechpartner Tel./ Fax/ E-Mail	

oder

Selbstständige Tätigkeit als	
Anschrift	
Tel./ Fax/ E-Mail	



Ausbildungs- oder Studienplatz gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.1 lit. a) AufenthG

Ausbildungsbetrieb / Studienort	
Anschrift	
Ansprechpartner Tel./ Fax/ E-Mail	
Ausbildungsberuf / Studiengang	

Kurs oder Maßnahme gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.1 lit. b) AufenthG

Kurs- / Maßnahmenträger	
Anschrift	
Ansprechpartner Tel./ Fax/ E-Mail	
Kurs / Maßnahme	

Familiäre Lebensgemeinschaft gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.1 lit. c) AufenthG

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Staatsangehörigkeit	
Verhältnis zum Antragsteller	

besondere Härte gem. § 12 a Abs. 5 S. 1 Nr.2 AufenthG

--



Änderung / Streichung Wohnsitzauflage gem. § 12 Abs. 2 AufenthG - Begründung

Beachte:

Vor Streichung der bestehenden Wohnsitzverpflichtung darf kein Wohnortwechsel vollzogen werden. Die Aufhebung einer Wohnsitzverpflichtung nach § 12a Abs. 5 AufenthG darf gemäß § 72 Abs. 3a AufenthG nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde des geplanten Zuzugsorts erfolgen. Bei der Vorlage unvollständiger Unterlagen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Daher ist dieser Antrag mit geeigneten Nachweisen zu versehen.

Gemäß § 95 Absatz 2 Nr. 2 AufenthG wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung ab-zuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.

Ich gebe hiermit mein Einverständnis, dass die Ausländerbehörde des geplanten Zuzugsorts vollständige Einsicht in meine Akte nehmen darf. Ich versichere vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben.

Ort, Datum

Unterschrift